

Gesellschaft des Verdachts

Das *Batman*-Massaker, die Beschneidungsdebatte und das psychologische Ferment des Nationalsozialismus

JAN HUISKENS

¹ Die Erwähnung eines Amokläufers und eines Beschneiders im selben Atemzug, das sei zu Beginn deutlich hervorgehoben, ist nur deshalb statthaft, weil es sich hier nicht um die realen Personen, sondern um deren psychische Repräsentationen im Seelenhaushalt panischer Subjekte handelt.

² Der Artikel wurde vor der Bluttat von Connecticut verfasst und danach nur leicht modifiziert.

In diesem Sommer ging es drunter und drüber, an entspannte Ferientage im Liegestuhl war nicht mehr zu denken: Denn überall schienen plötzlich verrückte Killer und messerwetzende *mohelim* herumzulaufen, die dem unschuldigen und schutzlosen Bürger ans Leder wollten. Die deutschen Reaktionen auf das sogenannte „Batman-Massaker“ im US-Bundesstaat Colorado, welches zwölf Menschen das Leben kostete, und auf das Kölner „Beschneidungsurteil“, welches auf die Kriminalisierung der jüdischen und muslimischen Zirkumzision abzielte, hatten eins gemeinsam: Beide offenbarten, wie panisch sich die Mehrheit der Deutschen zyklisch wiederkehrend in den Souverän flüchtet, sich in ihn einfühlt und mit ihm identifiziert, weil sie sich durch die böse Welt da draußen bedroht wähnt. Beide Debatten mündeten folglich in der Forderung, der Staat möge seine Bürger gegenüber diesen Gewalttätern schützen und verteidigen.¹ Man könnte annehmen, das sei die natürlichste Haltung, die ein Mensch einnehmen kann, wenn er einer Gefahr ausgesetzt ist: Er besinnt sich auf seinen Beschützer. Der Staat, so war dementsprechend zu lesen, müsse im einen Fall unbedingt an seinem repressiven Waffenrecht festhalten und im zweiten Fall die Beschneidung Minderjähriger verbieten. Doch was auf den ersten Blick so evident und rational aussieht, entpuppt sich bei näherer Betrachtung als durch und durch pathologisch. Nicht nur der Gedanke, der Staat sei eine Art Übervater, der seine

Kinderlein gegenüber der Welt verteidige, trägt unverkennbar die in Deutschland üblichen infantilen Züge, auch die vermeintlich so konkreten Gefahren entspringen in Wahrheit viel mehr dem verkorksten Seelenhaushalt der Bürger als dass sie eine reale Bedrohung darstellen würden. Das bedeutet indes nicht, dass man jene Fantasien einfach für lächerlich erklären und *ad acta* legen könnte. Vielmehr sagen sie einiges über den (Un-)Bewusstseinszustand der Deutschen aus und können deshalb Aufschluss über ideologische Tendenzen geben, die uns wohl auch in Zukunft noch beschäftigen werden. Wieso ausgerechnet jene beiden Ereignisse herangezogen werden, um Substantielles über die Psychopathologie der deutschen Mehrheit zu erhalten, wird sich im weiteren Verlauf der Argumentation, die zunächst einige scheinbar überflüssige transatlantische Umwege geht, hoffentlich von selbst erklären.

Der Amoklauf von Colorado

Beginnen wir mit dem Amoklauf von Colorado²: In den deutschen Medien war zu lesen, was nach solchen Amokläufen immer zu lesen ist: Amerikas kulturindustrielle Produktion – vom Actionfilm bis zum Ego-Shooter – sei gewaltverherrlichend und bringe die Jugendlichen auf dumme Gedanken. Vor allem aber liege das Problem darin, dass Waffen in den USA nur allzuleicht zugäng-

lich seien. So wies *Die Zeit* darauf hin, dass „in keinem anderen Land das Recht, Waffen zu tragen, so erbittert verteidigt wird, nicht nur von der NRA“ (21.7.12). Und die Redaktion der *Welt* ließ gar die „Politaktivistin und Sozialkritikerin“ Naomi Wolf ihre Überlegungen über die Frage ausbreiten, „warum die USA so süchtig nach dieser außergewöhnlichen Art der Gewalt sind“ (3.8.12). Angeekelt stellte sie fest: „Das Grauen ist fast zur Routine geworden. Schauplatz des Massakers war dieses Mal ein Kino in Aurora, Colorado, in dem der angeklagte Schütze James Holmes Dutzende von Kinobesuchern tötete und verletzte. 1999 war es die nahe gelegene Columbine High School.“ Wer an dieser Stelle stutzte, weil die scheinbar mühelose Aneinanderreihung von Amokläufen doch ausgerechnet zwei Ereignisse miteinander verknüpfte, die immerhin 13 Jahre auseinanderliegen, sollte sich im nächsten Satz bestätigt finden. Da heißt es: „Nach verschiedenen Schätzungen gibt es pro Jahr über 20 Amokläufe in den Vereinigten Staaten.“ Was das für „verschiedene Schätzungen“ sind und wieso es überhaupt Schätzungen bedarf, wo doch die genaue Anzahl – eine passende Definition vorausgesetzt – ziemlich problemlos zu bestimmen ist, verriet die dem linken Flügel der Demokratischen Partei nahestehende Wolf nicht, denn es ging ihr um den unbedingten Nachweis, dass die USA sich aufgrund des liberalen Waffenrechts und der Macht der Lobbyisten in einem wahren Blutausch befänden. Deshalb dachte sie auch nicht über die doch eigentlich merkwürdige Tatsache nach, dass in einem Land wie Deutschland, wo eines der repressivsten Waffenrechte der Welt herrscht, ebenfalls in regelmäßigen Abständen Amokläufe stattfinden. In den letzten zehn Jahren gab es in Deutschland zwölf, in den USA – mit einer etwa viermal so hohen Bevölkerungszahl – fünfzehn solcher *weder politisch noch unmittelbar persönlich motivierten Gewalthandlungen, die auf den Tod sich rein zufällig am Ort befindlicher Menschen abzielten*.³ Das bedeutet, so unglaublich es für den europäischen Leser klingen mag, dass es keine nachweisbare Korrelation zwischen dieser Form von Gewalt und liberalem Waffenrecht gibt. Die betrübliche Nachricht lautet: Wer unbedingt Menschen erschießen will, schafft das in der Regel auch.

Gleiches lässt sich selbstverständlich nicht über die Gesamtzahl der Gewaltverbrechen mit Schusswaffenbeteiligung sagen – hier liegt die Zahl in den USA deutlich höher. Doch man muss gar nicht apologetisch auf die eigentlich banale Tatsache hinweisen, dass Messer ebenfalls tödliche Waffen sind, man muss nicht einmal darauf aufmerksam machen, dass auch das jüngste *shooting* vor dem Empire State Building (das kein Amoklauf war) durch das eher repressive Waffenrecht des Bundesstaates New York nicht verhindert werden konnte, um deutlich zu machen, dass jene verlogene Kritik des US-Waffenrechts in Wahrheit auf ein Grundprinzip der amerikanischen Demokratie abzielt: dass nämlich die Bürger sich im Zweifelsfall *gegen den Staat wehren* können müssen, wenn dieser als Tyrann auftreten sollte. So heißt es bei Alexander Hamilton in den *Federalist Papers*: “If the representatives of the people betray their constituents, there is then no recourse left but in the exertion of that original right of self-defense which is paramount to all positive forms of government, and which against the usurpations of the national rulers may be exerted with infinitely better prospect of success than against those of the rulers of an individual State. In a single State, if the persons entrusted with supreme power become usurpers, the different parcels, subdivisions, or districts of which it consists, having no distinct government in each, can take no regular measures for defense. The citizens must rush tumultuously to arms, without concert, without system, without resource; except in their courage and despair.”⁴ Die Volksbewaffnung galt mithin den Gründungsvätern als Garant dafür, dass die repräsentative Gewalt – also die Vermittlungsform souveräner Gewalt – nicht missbraucht werde. Wer diesen Gedanken verwirft, der ist schon auf jenen europäischen Weg eingeschwenkt, von dem sich die amerikanischen Bürger aufgrund der Erfahrungen auf dem alten Kontinent bewusst distanziert hatten.⁵ Wie in Hegels Rechtsphilosophie mustergültig ausgeführt, gilt den Deutschen – und, seit der Niederlage der Sansculotten, ganz besonders den Franzosen – einzig der gegenüber den Bürgern selbstständigste Staat als legitimer Träger des Gewaltmonopols. Jene haben nur das Recht – das ironischerweise zugleich „Pflicht“ ist –, den Staat gegen innere und äußere Bedrohungen zu verteidigen. Von Hegel über den „Volksstaat“ bis hin zur Frei-

³ Deutschland: Ansbach, Berlin, Coburg, Eching/Freising, Emsdetten, Erfurt, Halberstadt, Lörrach, Ludwigshafen, Osnabrück, Sankt Augustin, Winnenden. USA: Aurora (CO), Bart Township (PA), Binghamton (NY), Blacksburg (VA), Bridgeville (PA), Chardon (OH), Cleveland (OH), Columbus (OH), DeKalb (IL), Fort Hood (TX), Geneva County (AL), Newtown (CT), Oakland (CA), Red Lake (MN), Tucson (AZ). Mit „persönlich“ sind hier Rache- oder Eifersuchtsgefühle gegenüber einer konkreten Person gemeint; nicht darunter fällt der Hass auf eine Institution wie z.B. eine Schule oder eine Universität, weil nur die kalkulierte Tötung von Menschen, mit denen der Killer u.U. nie direkten Kontakt hatte, im Sinne der Definition eines „Amoklaufes“ zu werten ist.

⁴ Alexander Hamilton, *Federalist Papers*, Nr. 28.

⁵ Vgl. James Madison, *Federalist Papers*, Nr. 46. Freilich muss man hier wieder zwischen England, den Niederlanden, Flandern und – aufgrund besonderer geographischer Bedingungen – der Schweiz auf der einen Seite und den am französischen Modell orientierten Staaten, wie etwa Preußen, differenzieren.

⁶ Vgl. zum „Widerstandsrecht“ in der BRD: Johannes Agnoli, *Der Rechtsstaat: Spätkapitalismus und deutsche Erfahrung*, in: ders., *Der Staat des Kapitals und weitere Schriften zur Kritik der Politik. Gesammelte Schriften*, Bd. 2, Freiburg i. Br. 1995.

⁷ <http://www.1115.org/2004/09/28/maybe-they-forgot-what-conservative-means/>.

⁸ In Österreich, einem postnazistischen Land mit größerer sozialer Homogenität und noch stärkeren volksstaatlichen Elementen als die Bundesrepublik, finden, obwohl es ein liberales Waffenrecht gibt als hierzulande, auch im Verhältnis zur geringen Einwohnerzahl kaum Amokläufe statt.

⁹ Herbert Marcuse, *Feindanalysen. Über die Deutschen*, Lüneburg 1998, S. 25.

¹⁰ Ebd., S. 103.

¹¹ Theodor W. Adorno, *Erziehung nach Auschwitz*, in: ders., *Stichworte. Kritische Modelle 1*, Frankfurt/M. 1969, S. 85.

heitlich-demokratischen Grundordnung zieht sich hier ein unsichtbares Band.⁶ Die Gewalt ist also in beiden Systemen – den europäischen wie dem amerikanischen – fest verankert, nur wird in Europa der Bürger auf die Einfügung ins Staatssubjekt verpflichtet, während in den USA der Staat umgekehrt der Kontrolle des Volks überantwortet wird. Grover Glenn Norquists – eines Beraters von George W. Bush – berühmt gewordenes *statement* bringt dieses Verständnis auf den Punkt: „I’m not in favor of abolishing the government. I just want to shrink it down to the size where we can drown it in the bathtub.“⁷

Diese politische Bedeutung des amerikanischen Waffenrechts ist den meisten seiner deutschen Kritiker nicht bewusst. Wie von selbst gehen sie davon aus, dass der Waffen tragende Bürger eine Abnormität sei, die ausgemerzt gehöre. Sie können sich diesen Bürger gar nicht anders vorstellen denn als blutrünstigen Volksfeind. Warum das so ist, kann letztlich nur unter Rückgriff auf die Erfahrung des Nationalsozialismus erklärt werden, der zwar seine Vorläufer in der deutschen Geschichte hatte, aber doch als Inaugurator einer umfassenden gesellschaftlichen Umformierung begriffen werden muss.

Das psychologische Ferment des Nationalsozialismus

Die entscheidende Frage, die nicht nur Naomi Wolf, sondern vor allem die deutsche Presse angesichts des Colorado-Massakers stellen müsste, lautet: Warum gibt es in den USA, wo es doch relativ einfach ist, an tödliche Waffen zu gelangen, eigentlich so *wenig* Amokläufe? Aber mit Fragen wie dieser ist zumindest in der deutschen Journaille nicht zu rechnen, schließlich kennt man insgeheim die Antwort: Weil in den USA andere soziale Pazifizierungsprozesse am Werk sind als in Deutschland, wo seit dem gigantischen Amoklauf der Jahre 1933–45 der Staat die Bürger voreinander schützen muss, weiter aufeinander loszugehen, und diese ihm sowohl aus Dankbarkeit über diesen Schutz wie aus Erwartung einer Wiederholung alles gestatten, was zur Rationalisierung von Herrschaft nötig ist.⁸ Genau dies ist das deutsche Erbe des Nationalsozialismus, dessen psychologisches Ferment, wie Herbert Mar-

cuse hellsichtig festhielt, eine Mentalität war, nach der jeder gelernt habe, „mißtrauisch und gewitzt zu sein, jeden Schritt sofort und blitzschnell abzuwägen, seine Gedanken und Ziele zu verbergen, seine Handlungen und Reaktionen zu automatisieren und dem Rhythmus der alles durchdringenden Reglementierung anzupassen“.⁹ Mit anderen Worten: Die Volksgenossen lernten, sich wie potentielle Amokläufer zu verhalten, die nur noch darauf warteten, dass der Führer ihnen das Startsignal zum Losschlagen gab – und das tat er dann ja auch. Es lohnt sich, noch eine weitere Stelle aus Marcuses *Feindanalysen* zu lesen, die dieser bekanntlich während des Zweiten Weltkriegs für eine Unterabteilung des amerikanischen Auslandsgeheimdienstes verfasst hatte, der mit Menschen wie jenen Deutschen noch nie zu tun gehabt hatte und deshalb nicht wusste, wie mit ihnen umzugehen sei. Marcuse schrieb: „Der nationalsozialistische Staat ist ein ‚Staat der Massen‘, aber die Massen sind nur insoweit Massen, wie sie sich aus atomisierten Individuen zusammensetzen. Weil diese allem beraubt worden sind, was ihre Individualität in eine wahre Interessengemeinschaft transzendiert, und nichts von ihnen übrig geblieben ist als ihr bestialisches und abstraktes Eigeninteresse, das in allen Menschen gleich ist, sind sie für die Vereinheitlichung von oben und für die Manipulation so anfällig.“¹⁰ Die grundstürzende Transformation der Deutschen in ein Volk von Massenmördern, welche die Nazis sehr erfolgreich vorantrieben, die Verwandlung der Bürger in Amokläufer, prägt die deutsche Gesellschaft bis heute. Eben das zeugt für die traurige Aktualität von Adornos Vortrag *Erziehung nach Auschwitz*, in dem er den viel zitierten Ausspruch tat, „daß die Möglichkeit der Wiederholung [von Auschwitz], was den Bewußtseins- und Unbewußtseinszustand der Menschen anbelangt, fortbesteht“¹¹. Worin besteht aber dieser (Un-)Bewusstseinszustand, von dem Adorno sprach?

Die Deutschen haben im Nationalsozialismus gelernt, niemandem zu vertrauen. Es war ja das Spezifikum der Massenpsychologie des Nazifaschismus, dass Adolf Hitler, anders als etwa Mussolini, in ihr nicht „Vater Staat“ repräsentierte, sondern eine zutiefst narzisstische Objektwahl darstellte, gleichsam eine gigantische Omnipotenzphantasie des nachbürgerlichen Subjekts, das sich durch die Außenwelt stets bedroht wähnte und gerade deshalb auf sein Recht pochte,

die Welt verwüsten zu dürfen. Freud hatte diese Möglichkeit – und diese Tatsache erstaunt immer wieder – bereits geahnt, als er 1921 seine Schrift *Massenpsychologie und Ich-Analyse* verfasste, in der es heißt: „Die Sonderung von Ich und Ichideal ist bei vielen Individuen nicht fortgeschritten, die beiden fallen noch leicht zusammen, das Ich hat sich oft die frühere narzißtische Selbstgefälligkeit bewahrt. Die Wahl des Führers wird durch dies Verhältnis sehr erleichtert. Er braucht oft nur die typischen Eigenschaften dieser Individuen in besonders scharfer und reiner Ausprägung zu besitzen und den Eindruck größerer Kraft und libidinöser Freiheit zu machen, so kommt ihm das Bedürfnis nach einem starken Oberhaupt entgegen und bekleidet ihn mit der Übermacht, auf die er sonst vielleicht keinen Anspruch hätte. Die anderen, deren Ichideal sich in seiner Person sonst nicht ohne Korrektur verkörpert hätte, werden dann ‚suggestiv‘, das heißt durch Identifizierung mitgerissen.“¹² Der Einzelne identifizierte sich also mit dem Führer, der aufgrund der starken libidinösen Besetzung als mächtigere Variante des eigenen Ich erschien und damit an die Stelle des klassischen Ichideals treten konnte. Das erklärt, warum sich Volksgemeinschaft und rücksichtsloser Egoismus so gut miteinander vertrugen. Die Deutschen liebten ausschließlich sich selbst, weil sie zur Objektbeziehung im emphatischen Sinne nicht (mehr) fähig waren. Da das für die große Mehrheit der Deutschen – mit verschiedenen Abstufungen – galt, gelang es den Nazis, durch die Identifizierung mit dem Führer eine Gemeinschaft zu konstituieren, deren Mitglieder gerade dann, wenn sie von „Volk“, „Rasse“ und „Gemeinwohl“ schwatzten, auf eigene Rechnung handelten – unter alleinigem Bezug auf den unausgesprochenen ‚Willen des Führers‘. Ihm – also seinem eigenen Wahn – bedingungslos zu folgen, bis in den Tod, bedeutete zugleich, jeden anderen zu verdächtigen, Verrat zu begehen. Denunziationen innerhalb der Familie, gerade die der Kinder gegen den Vater, haben viele das Leben gekostet. Erst diese Konstellation des permanenten und allseitigen Verdachts hat die ganze Dynamik des kollektiven Amoklaufs, den die Deutschen ins Werk setzten, ermöglicht: ein wildes Umsichschlagen der „isolierten Individuen“, das die Nazis durch den antisemitischen Massenmord zu kanalisieren vermochten. Nur in dem Sinne war der Holocaust die Bedingung für die grausame Fortexistenz der Volksgemeinschaft.

Die postnazistische Demokratie ruht auf einem ambivalenten Verhältnis zu ihrem Rechtsvorgänger auf: *Auf der einen Seite* ist da das Wissen, letztlich von Holocaust und Vernichtungskrieg profitiert zu haben, denn Deutschland steht wirtschaftlich, politisch und kulturell gesünder da als jemals zuvor in seiner Geschichte. Dieses Wissen, oder vielmehr: diese weltgeschichtlich immer noch skandalöse Tatsache ist die Voraussetzung dafür, dass die nationalsozialistische Option auch heute noch attraktiv ist – beispielsweise für einen Nuklearwaffen produzierenden Iran. *Auf der anderen Seite* wurde der 8. Mai 1945 von den Deutschen aber auch als *nakba* empfunden, als katastrophale Niederlage. Denn der Sturz Hitlers war ja im nicht nur psychologischen Sinne auch ihr eigener. Das einstige narzisstische Führerobjekt wurde vorübergehend durch eine Leerstelle ersetzt; der Einzelne realisierte, wie bewusst auch immer, dass Ich und Ichideal auf Dauer nicht identisch sein können, und geriet in eine Krise. Diese äußerte sich in einer panischen Angst vor der Rache der Opfer, der mit Lügen und größtmöglicher Unterwerfung unter den neuen Herren im Land begegnet wurde.¹³ Die Volksgemeinschaft löste sich so schnell auf, wie sie sich gebildet hatte. Nochmal Freud: „Der Verlust des Führers in irgendeinem Sinne, das Irrewerden an ihm, bringt die Panik bei gleichbleibender Gefahr zum Ausbruch; mit der Bindung an den Führer schwinden – in der Regel – auch die gegenseitigen Bindungen der Massenindividuen. Die Masse zerstiebt wie ein Bologneser Fläschchen, dem man die Spitze abgebrochen hat.“¹⁴ Nach der Niederlage konnte deshalb weder die Volksgemeinschaft fortbestehen noch konnten die Deutschen einfach so zur Gesellschaft vor 1933 zurückkehren. Das war auch den Verfassungsvätern klar, die deshalb versuchten, in die Konzeption der zweiten deutschen Demokratie die „Lehre aus der Geschichte“ – also den Schock der Niederlage – einzuflechten. Das Resultat war die „wehrhafte Demokratie“, eine Art privatisierter Etatismus, der aus antifaschistischen Motiven politische Massenbildungen unterbinden wollte und die gesellschaftliche Atomisierung, die der Nationalsozialismus ja gerade durch seine Konstitution der Volksgemeinschaft hergestellt hatte, zur Grundlage der neuen Ordnung erklärte. An die Stelle der Massenevents trat der Fernseher, das Reichsparteitagsgelände wurde durch „die gute Stube“ ersetzt, und die räuberisch angelegene Kriegsbeute durch den scheinbar

¹² Sigmund Freud, *Massenpsychologie und Ich-Analyse*, Frankfurt/M. 1971, S. 68.

¹³ Vgl. dazu die aufschlussreichen Aufzeichnungen von Saul K. Padover, *Lügendetektor. Vernehmungen im besiegten Deutschland 1944/45*, Frankfurt/M. 2001.

¹⁴ Freud, *Massenpsychologie*, a.a.O., S. 36.

¹⁵ Vgl. Karl Marx, *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*, Bd. 1 (=MEW 23), Berlin 1989, S. 189f.

harmlosen Warenkonsum. Der Staat als offizieller Rechtsnachfolger des Dritten Reiches wachte über dieses „Wirtschaftswunderland“ und sorgte dafür, dass die Einzelnen sich nicht erneut zur Mordgemeinschaft zusammenschlossen. Allerdings war die Gefahr der „Refaschisierung“, anders als die Linke glaubte, in der gesamten Nachkriegsepoche nicht virulent. Warum auch? Die Deutschen waren mit dem Resultat ihres Vernichtungsfeldzuges durchaus zufrieden. Es waren dann erst jene Kinder der 33er in den 70er Jahren, die die „Politisierung des Privaten“ wieder vorantrieben; genau jene Generation also, der es keineswegs zufällig so vehement um die „Agitation der Massen“ ging und die vor allem darüber stritt, welcher Diktator denn jetzt die richtige Ikone sei. Und es dürfte ebenso wenig ein Zufall sein, dass jene scheinbar antiautoritäre Rebellion genau mit einem Zeitpunkt zusammenfiel, da erstmals nach 1945 deutlich wurde, dass das Wirtschaftswachstum nicht ewig anhalten würde. Der Aufbruch der Neuen Linken und der Beginn der Überakkumulationskrise, die uns noch heute beschäftigt, fanden nicht nur parallel statt, sondern ersterer ist deren ideologische Ausdrucksform. Denn was die 70er, mehr noch als die berühmten 68er, der Krise entgegensetzen hatten, war ja letztlich nicht mehr als die Forderung nach einem starken Souverän, der die sozialen Folgen jener Krise abfedert und den Einzelnen alimentiert (was wiederum die Transformation der antiautoritären Linken in die DDR bewundernde oder „solidarisch kritisierende“ K-Gruppen erklärt).

Zugleich zeigt ein flüchtiger Blick in das Innenleben jener Politgruppen, dass das allgemeine Misstrauen und das ständige Wittern des Verrats, das die 70er von den 33ern geerbt hatten, permanent zu absurden Szenen führten. Die Spaltungen, Ausschlüsse und Kritik/Selbstkritik-Spielchen mögen dem heutigen Betrachter bizarr vorkommen (in den sogenannten „autonomen Zentren“ kann man noch deren Verfallsformen beobachten), doch sollte man sich vor Augen führen, dass viele der Ideologen von damals heute die Geschicke der Bundesrepublik lenken. Das bedeutet selbstverständlich nicht, dass Deutschland sich auf den Maoismus oder Stalinismus zubewegen würde – ein solches, bisweilen bei Konservativen anzutreffendes Denken wäre nicht nur unhistorisch, sondern auch paranoid –, sondern viel-

mehr, dass die Linke es geschafft hat, die postnazistische Gesellschaft in die Moderne zu führen. Deutschland ist ohne jeden Zweifel eine Demokratie und seine Bürger keine versteckten Nazis mehr. Ist das ein Grund zum Aufatmen? Sicher. Aber impliziert das auch, dass Adornos oben zitiertes Verdikt nicht mehr aktuell ist?

Amerika und die Bundesrepublik

Dies führt uns zum Ausgangspunkt zurück: dem Unterschied von Deutschland und Amerika, immerhin beides „westliche Demokratien“ mit, wie es so häufig heißt, „gemeinsamen Werten“. Jeder weiß natürlich, dass sich jene Werte so stark voneinander unterscheiden, dass es auf politischer Ebene ständig zu Verstimmungen kommt; vom tief verwurzelten Antiamerikanismus der Bevölkerung gar nicht erst zu reden. Doch lässt sich die Differenz, um die es hier geht, nicht an jenen „Werten“ selbst festmachen, da ein solches Unterfangen Gefahr liefe, dem ideologischen Schein des demokratischen Idealismus zu erliegen. Die „Werte“ – also Menschenrechte, Freiheit, Gleichheit etc. – sind vielmehr als differente Erscheinungsformen eines spezifischen gesellschaftlichen Verhältnisses zu dechiffrieren. Es wäre töricht, an dieser Stelle in jenen platten Marxismus zu verfallen, der wie eh und je Marxens Bentham-Polemik aus dem *Kapital* wiederkaut.¹⁵ Denn zweifelsohne ist der Austausch von Arbeitskraft gegen Lohn auf beiden Seiten des Atlantiks eine Form der Ausbeutung; nur lässt sich auf diesem abstrakten Niveau nichts über die historisch und gesellschaftlich kontingenten Bedingungen dieser Ausbeutungsform aussagen. Oder, deutlicher: Wer über den Nationalsozialismus nicht sprechen will, soll auch über den Kapitalismus schweigen. Und das bedeutet, dass die soziale Atomisierung in Deutschland, die ein Resultat nicht etwa nur der Anonymität des Marktes, sondern vor allem Hitlerdeutschlands ist, auch den Begriff des variablen Kapitals, also des menschlichen Arbeitskraftbehälters, tangiert. Die Nazis haben den historischen Gebrauchswert des Kapitals, die Freisetzung des Individuums, dessen Befreiung aus unmittelbarer Gemeinschaft, in Dienst genommen und damit zu-

gleich pervertiert: Der Arbeits- und Vernichtungskraftbehälter, den sie übrig ließen, war vollständig entindividualisiert; eine tickende Zeitbombe, die nur durch ihr bedingungsloses Vertrauen in den Souverän stillzustellen ist.¹⁶ Der Staat als abstrakte Reinkarnation des Führers, der den Bürgern nie „menschlich“ genug sein kann (das dauernde Mekern über die blutleere Bürokratie ist dessen Ausdrucksform), soll garantieren, dass die Außenwelt, die immer noch als existentiell bedrohlich wahrgenommen wird, in Schach gehalten und effektiv bekämpft wird. Es ließe sich an vielen Beispielen durchspielen: Die Angst vor Krankheiten und Seuchen, vor Feinstaub und „saurem Regen“, vor Kinderschändern und Amokschützen oder, im Geopolitischen, vor dem Staat Israel, der durch seine bloße Existenz den „Weltfrieden“ gefährde.¹⁷ Eines ist immer gleich: Die Welt ist feindlich und nur der Staat kann und muss uns retten, denn nur aus diesem Grund haben wir uns ihm – der doch als formaler Rechtsstaat nie ein echtes narzisstisches Ersatzobjekt sein kann – unterworfen. Tut er es nicht mehr oder ist er nicht mehr dazu fähig, dann droht, wie die Analysten von *SZ* und *FAZ* drohend warnen, eine neue Diktatur, weil die enttäuschten Bürger in diesem Falle „extremistischen Rattenfängern“ auf den Leim gingen.

In den USA dagegen ist das Vertrauen in die Gesellschaft, vernünftig zu handeln, ungleich größer. Das hat historisch sicherlich auch mit den riesigen Entfernungen zu tun, die zwischen einer vereinzelt Farm, einem Dorf oder auch einer Stadt und der Regierung in Washington, D.C. lag, so dass man gezwungen war, sich aufeinander zu verlassen oder die Dinge irgendwie selbst zu regeln – was freilich die barbarische Selbstjustiz des „Wilden Westens“ einschloss. Doch die andere Seite dieser buchstäblichen Staatsferne ist ein rationales Verhältnis zum Souverän. Washington wurde und wird nicht als Fürsorgeanstalt betrachtet, die ihre Kinder füttert, ihnen vorschreibt, was sie zu tun und zu lassen haben, und ansonsten alles Böse von ihnen fernhält. Ganz im Gegenteil: Der US-Bürger besteht darauf, erwachsen zu sein, ein *selfmade man*, der alles, was er ist, seiner eigenen Leistung verdankt. Nicht zufällig fielen Barack Obamas Umfragewerte rapide, nachdem sein Herausforderer Romney ihm eine Rede unter die Nase hielt, in der Obama gesagt hatte: „Look, if you’ve

been successful, you didn’t get there on your own. You didn’t get there on your own. [...] If you were successful, somebody along the line gave you some help. There was a great teacher somewhere in your life. Somebody helped to create this unbelievable American system that we have that allowed you to thrive. Somebody invested in roads and bridges. If you’ve got a business — you didn’t build that. Somebody else made that happen.“¹⁸ Die Empörung war groß, weil Obama behauptet hatte, der Staat mit seinen Schulen, Brücken- und Straßenbauprojekten sei maßgeblich für den Erfolg Einzelner verantwortlich. Mitt Romney erwiderte knapp: „You really couldn’t have a business, if we didn’t have those things, but you know: We pay for those things!“¹⁹ Und er fügte hinzu: „It’s not like government just provides those to all of us and we say: ‚Well, thank you, government for doing all those things.‘“ Der amerikanische Staat ist eben tatsächlich noch nicht der *reelle*, sondern nur der *ideelle Gesamtkapitalist*; eine Institution, die von ihren Bürgern dafür bezahlt wird, dass sie für das Funktionieren der Ökonomie grundlegende Maßnahmen ausführt, die aber ansonsten keinerlei Recht hat, den Einzelnen vorzuschreiben, wie sie ihr Leben fristen sollen. Romney fasste die Alternative so zusammen: „Do we believe in an America that is great because of government or do we believe in an America that’s great because free people are allowed to pursue their own dreams?“

Dass überhaupt ein Politiker wie Barack Obama, der tatsächlich in dem Sinne *un-american* ist, dass er die Befugnisse des Staates gegenüber der Freiheit des Bürgers massiv ausbauen will – hingewiesen sei hier auch auf die in Europa einhellig als alternativlos gelobte Gesundheitsreform –, US-Präsident werden konnte, ist genauso wenig ein Zufall wie Franklin D. Roosevelts *New Deal* in den Dreißiger Jahren. Beide sind Ausdruck des objektiven Problems, dass der Kapitalismus erstens immer mehr ökonomisch Überflüssige produziert und zweitens mit jeder Produktivitätssteigerung Probleme bekommt, die ungeheuren Warenmengen abzusetzen, was wiederum dazu führt, dass Unternehmen Pleite gehen und die Zahl der Durchgefallenen erhöht.²⁰ In dem Maße, wie es für eine große Masse der Bevölkerung immer schwieriger wird, sich aus eigener Kraft vorübergehend oder sogar dauerhaft aus der Armut herauszuarbeiten, in dem Maße also,

¹⁶ Symptomatisch ist, dass Konservative wie z.B. Udo Di Fabio als Heilmittel gegen Atomisierung und „Entwurzelung“ fast schon hilflos immer zugleich die Stärkung der Familie und des Staates fordern. Vgl. Udo Di Fabio, *Die Kultur der Freiheit*, München 2005.

¹⁷ Vgl. Jan Gerber, *Klima, Viren, Mutationen. Über Killerviren und Klimakiller*, in: *Bahamas*, Nr. 60/2010.

¹⁸ Anzusehen hier: http://www.youtube.com/watch?v=192oEC5TX_Q.

¹⁹ <http://www.youtube.com/watch?v=jozoBqL-eMM&feature=related>.

²⁰ Vgl. dazu bereits Philipp Lenhard, *Deutsches Krisenmanagement. Ein neuer Höhenflug des Antiamerikanismus*, in: *Prodomo*, Nr. 10/2008, S. 27-31.

²¹ Dazu würde prinzipiell auch die von Hannes Stein (*Die Welt*, 17.12.12) angesichts des Amoklaufs von Connecticut geforderte Verstärkung psychologischer Betreuung in den USA zählen.

wie der *selfmade man* tatsächlich zur bloßen Ideologie *wird*, werden staatliche Armen- und Fürsorgeprogramme aufgelegt, die den sozialen Frieden erhalten sollen.²¹ Diese Maßnahmen bedeuten ein Ende des Liberalismus, wie ihn Romney im Wahlkampf predigt, aber es ist dennoch von erheblicher politischer Bedeutung, ob im Sozialstaat das Ideal oder eine vorübergehend notwendig gewordene Abweichung gesehen wird. Wie am Beispiel Romneys gesehen, ist in den USA das Versprechen der Freiheit noch sehr präsent, während es hierzulande als anrüchlich, „sozialdarwinistisch“ und mindestens „neoliberal“ verschrien ist. Sogar Obama musste nach seinem Ausrutscher zurückrudern und beteuern, so habe er es nicht gemeint. Natürlich sei der Staat eine Institution der Steuerzahler und selbstverständlich hätten sich die amerikanischen Unternehmer ihren Wohlstand auch selbst verdient.

Indifferenz und Toleranz

Der hohe Stellenwert, den die Amerikaner der Freiheit gegenüber der sozialen Absicherung einräumen, fällt zugleich mit einer hierzulande als „ignorant“ wahrgenommenen Indifferenz gegenüber den Gebräuchen und Vorlieben anderer ethnischer und religiöser Kollektive zusammen: Amerika ist im Guten wie im Schlechten der Hort des Multikulturalismus. Aber bei dieser, ja, man könnte sagen: kulturrelativistischen Indifferenz handelt es sich um etwas, das sich vollkommen von der in Deutschland so gebetsmühlenartig beschworenen „Toleranz“ unterscheidet. Während die Toleranz schon im frühneuzeitlichen Emanzipationsdiskurs immer vom Staat her gedacht war und als Synonym für eine Duldung der antinationalen Elemente eine veritable Drohung darstellte, ist die Indifferenz eine Haltung, der die Freiheit, im Privaten zu tun, was auch immer man für richtig hält, vor allem Paternalismus durch die Mehrheit geht. Dies bedeutet nicht, dass das Tun der Einzelnen von jeder Kritik oder Maßregelung ausgenommen wäre, sondern nur, dass die Hemmschwelle des politischen Personals, anderen etwas vorzuschreiben oder zu verbieten, unendlich viel höher ist als in Europa. Vor allem aber bedeutet es, dass nicht der Staat als Regulator sozialen Mit- und Gegeneinanders auftritt, sondern die politische und kommunale Öffentlich-

keit; eine Öffentlichkeit, die nicht auf den Staat als Vollstrecker des „Volkswillens“ ausgerichtet ist, sondern an die Einzelnen appelliert, ihr als falsch erkannt Verhalten zu ändern oder sich im Zweifelsfall auch widerwillig dem Druck der Mehrheit zu beugen. Dieses Verfahren – das repressive Grundprinzip des Kommunitarismus – ist weder besonders sympathisch noch effektiv, weshalb aus den USA auch immer wieder von jenen Verrücktheiten zu hören ist, mit denen sich Antiamerikaner so gerne munitionieren, um ihre Sehnsucht nach dem starken Staat projektiv auszuagieren. Umgekehrt heißt das aber auch, dass die amerikanische Nation auf einer sehr viel oberflächlicheren Weise homogenisiert ist als die europäischen Gesellschaften: Solange der amerikanische Bürger, der sich fast immer *auch* als Teil einer ethnokulturellen oder religiösen Minderheit wahrnimmt und sein Handeln bis zu einem gewissen Maße deren Regeln und Normen anpasst, nicht gegen die Eigentumsordnung verstößt (oder gar Kapitalverbrechen begeht), ist er frei zu tun und zu denken, was immer er will. Das erklärt auch, weshalb in den USA nicht nur zahlreiche, durchaus repressive Sekten weitgehend unbehelligt existieren können, sondern auch Islamisten, formaljuristisch gesehen, in Amerika ein leichteres Spiel haben als in Europa. Aber es gibt eben noch eine andere als die juristische, respektive staatliche Ebene: Die Fähigkeit einer Gesellschaft, den Einzelnen in einer Weise in die Gesellschaft zu integrieren, die ihn nicht im Sinne einer ‚Leitkultur‘ zurechtbiegt, sondern ihm so weit vertraut, dass er schon keinen Unsinn mit seiner Freiheit anfängt – was, um auf das Waffenrecht zurückzukommen, auch bedeutet, dass die Einzelnen vergleichsweise einfach viel ‚Unsinn‘ anstellen können: Und trotzdem ist der amerikanische Islamismus kein größeres Problem. Die weitgehend gemeinsam geteilten ‚Werte‘, welche die Einheit der amerikanischen Gesellschaft stiften, sind verblüffend konkret: Zunächst ist da, wie in jeder kapitalistischen Gesellschaft, die Synthesis durch den prozessierenden Wert, also die soziale Notwendigkeit, sich in der Selbstverwertung des Werts als nützliches Vermittlungsglied zu beweisen. Das impliziert die Ausrichtung der eigenen Persönlichkeit an den Direktiven des Marktes; eine Persönlichkeit mithin, die auf allgemeine Austauschbarkeit, ‚Kommensurabilität‘, man könnte auch sagen: Umgänglichkeit abhebt. Der prototypische Amerikaner ist in der Öffentlichkeit ein *nice guy*. Zu diesem Konfor-

mismus – der, das muss gerade angesichts der europäischen Beschwerden über die ach so schlimme „Oberflächlichkeit“ der Amerikaner betont werden, sehr viel zivilisierter ist als die aggressive Übellaunigkeit einer „Berliner Schnauze“ – gesellt sich die politische Form des bürgerlichen Subjekts. Der Bürger ist ein sein eigenes Schicksal nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch selbstbestimmendes Individuum, das sich das Herrschaftspersonal selbst nach dem Kriterium auswählt, ob es seine Interessen und die der Nation seiner Ansicht nach gut vertritt oder nicht. Die oben zitierte Affäre um Obamas Sozialstaatsrede bringt diesen politischen Charakter des amerikanischen Bürgers gut zum Ausdruck. Ein oberflächlicher Konformismus ist es also, der im Verbund mit einem repräsentativ-demokratischen System der Austragung von Interessenskonflikten jene soziale Form bildet, welche die unterschiedlichen Individuen und ihre vollkommen heterogenen Kollektive – auch Klassen natürlich – dennoch einigermaßen friedlich nebeneinander leben lässt.

Einigermaßen – denn jener soziale Frieden ist begleitet von einer Parallelgesellschaft in den Knästen, in die ein stattlicher Anteil von 0,8% der Bevölkerung gesperrt wird, die die ökonomische Bestimmung der „Überflüssigkeit“ erfüllen und das Funktionieren der Mehrwertakkumulation durch die Entlastung des Marktes erleichtern. Anders aber als linke Antiamerikaner behaupten, steht das gigantische Gefängnisssystem der USA nicht im Widerspruch zum „sozialen Rechtsstaat“, sondern ist unter den Bedingungen der amerikanischen Demokratie dessen krasseste Ausdrucksform. Die Knäste stellen ein überdimensioniertes Sozialstaatsprogramm zur Sanierung der Mehrwertrate dar; soziales Elend wird durch die Inhaftierung auf brutale Weise abgefedert und in staatliche Regie überführt. Sicher ist der europäische Sozialstaat weitaus freundlicher, doch zugleich muss man sich klarmachen, um welchen Preis: Denn das amerikanische Gefängnisssystem ist ja paradoxerweise gerade ein Resultat jenes freiheitlichen Grundprinzips, das Eigenverantwortlichkeit vor staatlichen Paternalismus setzt. Inhaftiert wird, wer jenes Prinzip missbraucht – aus welchen Gründen und sozialen Notlagen auch immer.

Damit wird deutlich, dass die amerikanische Gesellschaft zwar genauso wie die deutsche auf kapitälem Zwang, auf Herrschaft und

Ausbeutung basiert, die ideologischen Folgerungen – die „Werte“ – aber ganz andere sind. Das Primat der (doppelten) Freiheit, das mit der Unfreiheit der Überflüssigen aufs Engste verknüpft ist, überstrahlt jeden staatlichen Dirigismus, jede politische Usurpation des Privaten wie des Öffentlichen. Das Individuum ist Eigentümer seiner selbst, es gehört – mit Ausnahme des Kriegsfall – nicht dem Staat.

„Kinderschutz“ und der Zugriff des Staates

Das führt uns auch, endlich, zur deutschen „Beschneidungsdebatte“. Denn hier wurde die Grenze des Eigentums an sich selbst von den Kölner Richtern bewusst überschritten. Was unter dem so sympathisch klingenden Namen des „Kinderschutzes“ daherkam, war nichts anderes als die staatliche Definition des „gesunden Subjekts“ (im Unterschied zu den USA übrigens, wo sich die Anti-Beschneidungskampagnen nie an den Staat richten): „Gesund“ sei demnach, wer eine Vorhaut besitzt. Das Kind, das als Unmündiges in der Fürsorge der Eltern steht, soll, wenn es nach den Kinderschützern geht, dem Einfluss der Eltern weitgehend entzogen werden und unter direkte staatliche Obhut gestellt werden. Unabhängig davon, wie man Beschneidungen bewerten will²², ist zu konstatieren, dass mit dem Kölner Urteil die Verantwortung der Eltern für das Wohl des Kindes prinzipiell in Zweifel gezogen wurde. Es ist nicht an ihnen zu entscheiden, was für das spätere Wohl des Kindes unverzichtbar ist, sondern Aufgabe des Staates, bestimmte Verfahren zu verbieten und andere zu erlauben.

Die Beschneidungsgegner argumentieren, wenn man auf die Entscheidungsgewalt des Staates in Sachen Erziehung und Einführung in die Gesellschaft verzichte, öffne man Kinderquälerei und sexuellem Missbrauch Tür und Tor. So verfasste etwa der Verein MOGIS e.V., in dem sich nach eigener Auskunft „direkt und indirekt Betroffene sexuellen Missbrauchs zusammengeschlossen“ haben, „um ihren Interessen eine Stimme zu geben“, eine Petition für das Verbot von Beschneidungen, in der es heißt: „Die Rechte der betroffenen Kinder auf körperliche Unversehrtheit und seine (sic!) (auch sexuelle)

²² Dass zwischen der islamischen und jüdischen Form und Funktion der Beschneidung kategorial unterschieden werden muss, darauf weist Justus Wertmüller in der neuen Ausgabe der *Bahamas* zu Recht hin.

²³ <http://mogis-verein.de/2012/07/17/petition-gegen-beschneidung-und-fur-kinderrechte-online/#more-6170%27>.

²⁴ In Dieter Graumanns neuem Buch *Nachgeboren – Vorbelastet? Die Zukunft des Judentums in Deutschland*, München 2012, S. 155-159 kann man seine Resignation bezüglich der Weigerung der islamischen Verbände, etwas gegen den Antisemitismus in den eigenen Reihen zu unternehmen, nachlesen.

Selbstbestimmung gehen leider gerade fast völlig unter.“²³ Doch die Behauptung, die Causa „Beschneidung“ stelle einen Abwägungskonflikt zwischen Kinderrechten und Religionsfreiheit dar, ist falsch. Insofern durch den massiven Ausbau des „Kinderschutz“-Gedankens in den letzten Jahren dem Anspruch des Staates auf frühzeitige Einfügung des Menschenmaterials Genüge getan wurde – auch mit dem Argument, dass sich die bürgerliche Familie an den Rändern der Gesellschaft auflöst –, steht die Verfügungsgewalt des Staates über den Nachwuchs gar nicht zur Debatte. Der tatsächliche Interessenkonflikt besteht zwischen der „Religionsfreiheit“, verstanden hier als relative rituelle Autonomie der religiösen Kollektive, und der Staatsraison, die aus naheliegenden Gründen insbesondere auf die Förderung jüdischen Lebens in Deutschland abhebt. So wenig also auf der einen Seite der soziale Volksstaat jene Autonomie seiner Konstitution nach dulden kann, so sehr ist er auf der anderen Seite dazu gezwungen, sich nach außen hin als westlich-pluralistischer und vor allem judenfreundlicher Staat darzustellen. Das Ergebnis ist jene merkwürdig widersprüchliche, offensichtlich kompromissgeborene Gesetzesvorlage des Bundestages, die religiöse Beschneidungen explizit erlaubt.

Wie zentral die Frage der Staatsraison in dem Konflikt war, registrierten auch die Muslime, die sich plötzlich – und für den Zentralrat der Juden in Deutschland durchaus unerwartet – so ostentativ mit den Juden verbrüderten, dass man meinen könnte, es gebe überhaupt kein Antisemitismusproblem in der islamischen *community*.²⁴ Offenbar waren die jüdischen Gemeinden so erleichtert über diese Unterstützung, dass sie viel zu blauäugig Bündnisse mit muslimischen Gruppen – bis hin zur Hamas in Berlin (*taz*, 4.9.2012) – eingingen. Doch das ist nicht der Punkt, schließlich muss man sich vor Augen führen, dass die Juden *Objekt* der Debatte waren. Und zwar in doppelter Hinsicht: Zum einen ging es ganz konkret darum, einen zentralen religiösen Ritus zu kriminalisieren, was die jüdischen Funktionäre kraft ihres Amtes zu verhindern hatten, zum zweiten aber stellten die Juden ein Objekt der Projektion dar. Anders als die Figur des Amokläufers, der nach außen, nach Amerika, verschoben wurde, schienen die jüdischen Beschneider – und nur um sie ging es in der „Debatte“ – im Inneren der Gesellschaft ihr grausiges Unwesen zu treiben. „Das unschuldige Kind“, von dem in

den Kommentarspalten und Leserbriefen regelmäßig zu lesen war, müsse vor diesen kriminellen Elementen geschützt werden. Man braucht kein Psychoanalytiker zu sein, um die libidinöse Bindung der Kommentatoren an das „unschuldige Kind“ zu bemerken, in der sich die besondere Projektionsleistung psychisch auf das Niveau eines Kindes regredierter Judentumskritiker ausdrückt. Das Kind, von dem da die Rede war, waren sie selbst – für Juden interessieren sich Deutsche bekanntlich nur, wenn sie tot sind und man Museen und Mahnmale für sie einrichten kann. Aber es gab in der kollektiven Imagination nichts Unbefleckteres als jenen jüdischen Knaben von acht Tagen, der den schläfengelockten und fanatischen *mohelim* ausgesetzt war, die einen scheinbar barbarischen Brauch – um nicht zu sagen: ein „Ritualverbrechen“ (Streicher) – an ihm vollzogen. Die permanente Panik des postnazistischen Subjekts inkarnierte im schutzlosen Knaben, den der Staat vor wildgewordenen Juden schützen musste. Er konnte doch nicht dulden, dass ein „kriminelles Kollektiv“ sich an den Volksgenossen, zu denen plötzlich auch ein jüdisches Baby gehörte, schadlos hielt. Dementsprechend war auch die Fixierung auf das Recht, das sich in den Hunderten von antisemitischen Kommentaren auf den Webseiten der *Süddeutschen Zeitung* oder auch der *Welt* kundtat: „Sehr geehrte Frau Knobloch“, schrieb beispielsweise ein bildungsbürgerlich auftretender Leser als Reaktion auf Knoblochs Artikel in der *Süddeutschen*, „mit Bedauern habe ich Ihren Artikel zur Kenntnis genommen und ihn doch als Schlag ins Gesicht empfunden. Sie tragen die Schoah wie ein Schild vor sich her und werden nicht müde darauf zu deuten. Dies will ich ihnen nicht absprechen, aber bitte erkennen Sie auch an, dass wir ein Grundgesetz haben.“ Etwas derber, auf *Welt online*: „Wen repräsentieren unsere Volksvertreter eigentlich? Das deutsche Volk, oder diesen moralfreien Graumann?“ Ein Nazi schloss sich an: „Die absolute Bevölkerungsmehrheit stand hinter dem Urteil. Über 75% nach mehreren Umfragen. Und trotzdem können religiöse Lobbygruppen ihren Willen durchsetzen, einfach so Gesetze ‚erzwingen‘ um ihnen unliebsame Urteile zu beseitigen. Wie undemokratisch ist das. Die Bevölkerungsmehrheit hat überhaupt keine Lobby. Wo ist der Zentralrat der Nicht-Religiösen? Wo ist der Zentralrat der Deutschen? Wo ist der Zentralrat der Volksdeutschen?“ Aber es gab auch besonnenere, um das Grundgesetz besorgte Stimmen: „Wer hier

lebt hat kein Recht auf Beschneidung sondern ein Recht auf das Grundgesetz, dass auch für Kleinkinder gilt. Wer sich nicht daran halten mag möge bitte gehen. Da ist die Tür.“ Die Juden gleich des Landes zu verweisen, das war einigen dann doch zu viel: „Juden willkommen ja, Beschneidung nein! Menschenrechte sind nicht verhandelbar. Auch nicht mit Juden. Trotz der deutschen Vergangenheit.“ Doch manche schreckte nicht einmal die Erkenntnis, Antisemit zu sein: „Wenn man also im sekularen BRD-Staat gegen die vorsätzliche Körperverletzung und Genitalverstümmelung von schutzbefohlenen Babys ist, dann ist man Antisemit? Ich bin gegen die vorsätzliche Körperverletzung und Genitalverstümmelung von Babys!“

Was sich in all diesen furchtbaren Bemerkungen äußert – es wäre ein Leichtes, hunderte zu zitieren, die alle den gleichen Klang haben –, ist der Schrei nach einem Staat, der den Volksgenossen mit seiner Hatz auf die ‚barbarischen Juden‘ zuvorkommt. Die Mahnung, er möge sich an das Grundgesetz hal-

ten und jüdischen Lobbygruppen eine Absage erteilen, schließt die handfeste Drohung ein, die „75%“, die „absolute Bevölkerungsmehrheit“ werde nicht länger stillhalten, wenn der Staat nicht seiner Aufgabe nachkomme. So gesehen, lässt sich das Ressentiment gegen das US-Waffenrecht ebenfalls als Projektion deuten. Was die Amerikaner schon dürfen, müssen sich die Deutschen im Ausnahmezustand, den sie herbeisehnen, erst gegen den ihrer Ansicht nach usurpatorischen Souverän erkämpfen. Im Unterschied zu den USA zielt die Aneignung von Waffen aber nicht auf die Verteidigung gegenüber einem das Individuum drangsalierenden Staat, sondern auf den Kampf gegen die Nichtdeutschen, speziell gegen den „existentiellen Feind“ (C. Schmitt) – das Judentum. Wieder einmal. Dies ist der Grund, warum die Forderung nach einem liberalen Waffenrecht niemals in Deutschland erhoben werden darf, und warum außerdem die Juden mit- samt ihren Bräuchen gegenüber allen „Kinderschützern“ und sonstigen Staatsfetischisten verteidigt werden müssen. ■